

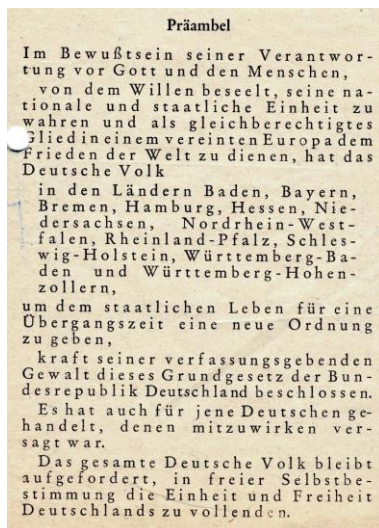
GeaCron

Interaktiver historischer Welt-Atlas ab 3000 v.Chr.

Jahreszahl eingeben - Karte kommt

TIEFER EINSTEIGEN:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland



Präambel des Grundgesetzes von 1949

Bild gemeinfrei

Vergrößern

Aufgaben Souveränität

Denkaufgabe 1: Notiere und erläutere, inwiefern und warum die Souveränität der frühen Bundesrepublik durch das Besatzungsstatut erheblich eingeschränkt war.

Denkaufgabe 2: Notiere und erläutere, inwiefern der Deutschlandvertrag Verbesserungen in der Frage der Souveränität der Bundesrepublik bringt. Erläutere den Zusammenhang mit der Wiederbewaffnung der BRD.

Fassung vom 22.11.2025 | Nach aktuellerer Fassung suchen

20. Jahrhundert

GRUNDINFORMATION BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND BIS 1990

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz legt fest, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Parlamentarische Demokratie, genauer eine Parlamentarische Republik ist. Mehr siehe linke Spalte.

1 Regierung Konrad Adenauer 1949 - 1963

1a Wiedererlangung der Souveränität der BRD

Als die Bundesrepublik als Staat entstand, war sie nicht voll souverän. Ein Besatzungsstatut legte die Stellung der Besatzungsmächte fest. Danach waren Eingriffe der Siegermächte in die Politik der Bundesrepublik Deutschland ohne deutsche Zustimmung in den Bereichen Außenpolitik, Abrüstung und Entmilitarisierung, Reparationen, De kartellisierung und Devisenwirtschaft möglich. Die Ausübung der vollen Regierungsgewalt durften die Sieger ganz oder teilweise wieder aufnehmen, wenn dies für Sicherheit oder Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung in Deutschland für unerlässlich erachtet wurde.

Das Ruhrstatut schuf 1949 eine Ruhrbehörde aus 7 westlichen Staaten zur Verteilung von Kohle, Koks und Eisen des Ruhrgebiets und zur Überwachung der Unternehmensleitungen.

Erst als die Bundesrepublik sich bereit erklärt, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, wird 1952 vor dem Hintergrund des Koreakrieges und der wachsenden Spannungen zwischen Ost und West der Deutschlandvertrag zwischen USA, Frankreich, Großbritannien und BRD abgeschlossen, der die Besatzung beendet, der Bundesrepublik die Souveränität zugesteht, aber vorbehaltlich der Rechte und Verantwortung der Alliierten "in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer

friedensvertraglichen Regelung". Die Alliierten erhielten das Recht zur Stationierung von Streitkräften.

1b Verteidigungsbeitrag – Beitritt zur NATO – „Politik der Stärke“

1945 kapitulierte Deutschland bedingungslos, 1955 waren beide deutsche Staaten wiederbewaffnet, die Bundesrepublik trat der [NATO](#) bei. Wie konnte das nach nur 10 Jahren geschehen?

Die deutsche Wiederbewaffnung, die erst vor dem Hintergrund des Koreakriegs 1950 – 53 und des Kalten Krieges im westlichen Ausland überhaupt diskutabel wurde, sollte als deutscher *Verteidigungsbeitrag* zunächst im Rahmen der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) stattfinden. Vorgesehen war eine integrierte europäische Armee statt verbündeter nationaler Armeen.

Als die EVG aber 1954 am Widerstand der französischen Nationalversammlung scheiterte, wurde die Bundesrepublik am 5. Mai 1955 in die NATO aufgenommen (Pariser Verträge). Die Bundeswehr war während des Ost-West-Konflikts fest in die Gliederung der NATO eingebunden. Außerdem verzichtete die Bundesrepublik darauf, atomare, biologische und chemische Waffen herzustellen.

TIEFER EINSTEIGEN:

Stalinnote 1952

Dies konnte auch die *Stalin-Note von 1952* nicht verhindern. Im Gegenzug zum Verzicht auf den Beitritt zu einem gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnis bot Stalin die Wiedervereinigung Deutschlands an.

Der Osten antwortete auf den NATO- Beitritt mit der Ersetzung seiner zweiseitigen Beistandspakte durch den [Warschauer Pakt](#), das östliche Gegenstück zur NATO, dem auch die DDR beitrat.

Bundeskanzler Adenauer setzte im Hinblick auf die Wiedervereinigung auf eine [Politik der Stärke](#) bei enger Westintegration. In seiner Heidelberger Rede vom 1. März 1952 hieß es dazu:

“Ich möchte Ihnen sagen, dass ich der festen Überzeugung bin, auf dem eingeschlagenen Wege

auch die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Kann einer glauben, daß Sowjetrußland jemals, ohne dazu genötigt zu sein, die Ostzone wieder freigeben wird? Ich glaube nicht. Aber ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen:

Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man auch Sowjetrußland klarmachen müssen, dass es so nicht geht, dass es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann, und dass im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen. Ich bin auch der Auffassung, daß Sowjetrußland zu solchen Verhandlungen alsdann bereit sein wird, denn, glauben Sie mir, auch Sowjetrußland hat schwere innere Probleme, sogar außerordentlich schwere innere Probleme, nämlich das Nahrungsmittelproblem."

Aufgaben zu Verteidigungsbeitrag und Politik der Stärke

Basisaufgabe: Was war die EVG?

Denkfrage: Warum war eine Bundeswehr in der NATO für die Franzosen akzeptabler als die EVG?

Denkaufgabe:

A Erläutere mit Hilfe der kursiv gedruckten Rede Konrad Adenauers, auf welchem Wege Bundeskanzler Adenauer die Sowjetunion zu Verhandlungen bringen will.

B Was versteht man offenbar unter der "Politik der Stärke?"



Isetta | Vergrößerung



Setra Omnibus
Bild KUM-G | Vergrößerung

Aufgaben zur Sozialen Marktwirtschaft und zum Wirtschaftswunder

Basisaufgabe 1: Was bedeutet "Soziale Marktwirtschaft"? Wovon grenzt sie sich ab und warum?

Basisaufgabe 2: Inwiefern spricht man für die 1950er Jahre vom "Wirtschaftswunder" in der Bundesrepublik?

Basisaufgabe 3: Wie verändert das Wirtschaftswunder das Leben?

Basisaufgabe 4: Welche günstigen Voraussetzungen waren gegeben, die das Wirtschaftswunder ermöglichten?

1c Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder

Die 1950er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland waren geprägt von Aufbruchstimmung und Wirtschaftswunder. In der Bundesrepublik wurde die "Soziale Marktwirtschaft" praktiziert. Diese bedeutet, dass der Aufbau eines Sozialstaats mit einem in diesem Umfang noch nie da gewesenen sozialen Netz Hand in Hand mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft geht. Sie grenzt sich einerseits ab von der staatlichen Planwirtschaft / Zentralverwaltungswirtschaft der kommunistischen Staaten, die nur lange Käuferschlangen vor schlecht bestückten und mit minderwertiger Ware versehenen Läden produzierte; andererseits gegen die reine Marktwirtschaft, die zum einen die Konkurrenz zugunsten immer größerer Unternehmen aufzuheben und zum anderen immer größere soziale Unterschiede mit schwachem Mittelstand hervorzubringen drohte.

Nach der Währungsreform 1948 und der Gründung des Weststaates 1949 kann dieser einen rasanten Aufschwung mit jährlich durchschnittlich 8,5 % Wachstumsrate zwischen 1950 und 1960 verbuchen. Qualifizierte Arbeitskräfte waren vorhanden, ebenfalls Kapital, z.B. auch durch den Marshallplan. Es zahlte sich auch wirtschaftlich aus, dass die Bundesrepublik zum westlichen Lager gehörte. Die durch den Krieg bedingten Zerstörungen ließen einen riesigen Bedarf entstehen.

Westdeutschland wurde wieder aufgebaut, die Deutschen wurden immer wohlhabender. Die hohe Arbeitslosenquote der Nachkriegszeit wich der Vollbeschäftigung, trotz zunehmender Zahl von Gastarbeitern fehlten 1960 über 400.000 Arbeitskräfte, bald wird der 1.000.000ste Gastarbeiter begrüßt. Zugleich geht die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um zwei Drittel zurück.

Symbol des *Wirtschaftswunders* war der VW – Käfer. Schon am 5. August 1955 lief der millionste VW- Käfer vom Band. Das Auto und die Massenmobilisierung verändern das Leben, der Massentourismus beginnt, die Dörfer erhalten neue Siedlungsflächen um die alten Dorfkerne, weil man

Basisaufgabe 5: Welcher Zusammenhang besteht zwischen Wirtschaftswunder und Sozialstaat?

mit dem Auto zur Arbeit fahren kann. Die Haushalte erhalten immer mehr Maschinen, Wäscheschleudern, Waschmaschinen, Kühlschränke, Küchenmaschinen, Staubsauger, usw. Das wird eine wichtige Voraussetzung dafür, dass immer mehr Frauen wirtschaftlich tätig sind und sich zunehmend emanzipieren können. Das Wirtschaftswunder dauert bis Anfang der 1960er Jahre und machte den Sozialstaat erst möglich.

Aufgaben zum Mauerbau

1d 13. August 1961 – Mauerbau

Basisaufgabe: Notiere den Basistext in Stichworten.

Rechercheaufgabe: Recherchiere Bilder zum Mauerbau und erstelle eine Fotostrecke.

Denkaufgabe: Recherchiere Bilder zum Aufbau der Grenzanlagen der DDR. Sollen die Grenzanlagen eine Flucht aus der DDR oder ein Eindringen in die DDR verhindern? Argumentiere mit dem Aufbau der Grenzanlagen.

1958 hatte Chruschtschow, der sowjetische Staatschef, erfolglos gefordert, Westberlin als „selbstständige politische Einheit“ in eine „Freie Stadt“ umzuwandeln, um dessen Bindungen an die Bundesrepublik zu kappen. Um das Ausbluten und den Zusammenbruch der DDR durch Abwanderung ihrer Bürger nach Westberlin und in die Bundesrepublik zu verhindern, ließ Walter Ulbricht dann am 13. August 1961 mitten durch Berlin eine Mauer bauen, die Ostberlin von Westberlin trennte. Sie wurde nach und nach immer weiter ausgebaut und kostete viele Todesopfer. Die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik wurde durch Grenzsicherungsanlagen mit Zaun, Patrouillen, vermintem Geländestreifen und Selbstschussanlagen gesichert.

Hinunterscrollen zur Regierung Erhard

Aufgaben zur Regierung Erhard

Basisaufgabe 1: Welche Gründe führten zum Ende der Adenauerzeit?

Basisaufgabe 2: Was versteht man unter dem Stabilitätsgesetz und den Notstandsgesetzen?

Denkaufgabe: Weshalb könnte die Regierung Erhard und die Große Koalition als Übergangsphase bezeichnet werden?

2 Regierung Erhard (1963 – 1966) und Große Koalition (1966 – 69)

Nach der [Kubakrise](#) 1962 und dem militärischen Patt zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion veränderte sich das internationale Umfeld der Bundesrepublik Deutschland. Es begann die Epoche der Entspannung, die [Politik der Stärke](#) passte nicht mehr in die Zeit. Auch das Wirtschaftswunder wich einer ersten Wirtschaftskrise, politische Krisensymptome häuften sich. 1963 – 1966 regierte nun Bundeskanzler Erhard, unter Adenauer als Wirtschaftsminister Architekt des Wirtschaftswunders.

Es begann eine Übergangszeit, die sich mit der Großen Koalition (1966 – 1969) von CDU/CSU und SPD unter Bundeskanzler Kiesinger fortsetzte. Die *Wirtschaftskrise* wurde durch das [Stabilitätsgesetz](#) von 1967 – Wirtschafts- und Finanzminister war Karl Schiller – erfolgreich bekämpft. 1968 wurden die [Notstandsgesetze](#) beschlossen. Aus verschiedenen Ursachen, u.a. wegen einer fehlenden starken [Opposition](#), kam es zur Entstehung einer *außerparlamentarischen Opposition (APO)*, die die 68er- Bewegung hervorbrachte, welche wiederum in eine Kulturrevolution mündete und die Bundesrepublik nachhaltig verändern sollte, siehe unten.

Der Aufstieg der SPD, die in der Großen Koalition Regierungsverantwortung trug, mündete 1969 in die SPD / FDP – Regierung unter Führung von Bundeskanzler Willy Brandt. Von da an bis 1982 blieb die Bundesrepublik SPD / FDP geführt.

[Hinunterscrollen zur 68er- Bewegung](#)

TIEFER EINSTEIGEN:

Entstehung und Kennzeichen der 68er- Bewegung

3 68er- Bewegung: Ursachen, Träger, Ausbruch, Reaktionen, Gewalt

Ursachen für die “Bewegung” der “68er” gab es viele. Häufig genannt wird die Große Koalition, die als einzige Oppositionspartei nur die FDP übrig ließ und so zur Bildung der APO (Außerparlamentarische Opposition) als Sammelbecken vieler, vor allem linker und linksliberaler Kritiker, beitrug. Sie wurde gestärkt durch den “Kampf” gegen die [Notstandsgesetze](#), den Augstein- Prozess und Missstände an den Hochschulen (“Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren”). Viele empfanden die Auseinandersetzung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit dem [Nationalsozialismus](#) als völlig ungenügend, was auch durch die [Auschwitzprozesse](#) ins Bewusstsein gehoben wurde, sowie durch die Tatsache, dass nicht wenige ehemalige Nazis in der Bundesrepublik wieder zu Amt und Würden gekommen waren.

Die 68er Kulturrevolution baute die Bundesrepublik nachhaltig um und erwies sich in ihren Folgen als Basis der neuen Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung. Deshalb sollte man hier unbedingt tiefer einsteigen, siehe linke Spalte.

Hinunterscrollen zur Regierung Willy Brandt

4 1969 – 1974 Regierung Willy Brandt / Neue Ostpolitik

Seit der [Kubakrise](#) 1962 galt im internationalen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland die Entspannung, aber die Bundesrepublik erhob Anspruch auf die Ostgebiete und erkannte die DDR nicht an. Militärisch herrschte zwischen den großen Blöcken [NATO](#) und [Warschauer Pakt](#) ein Patt. Die [Politik der Stärke](#) war gescheitert. Wie sollte die Bundesrepublik reagieren, wenn sie nicht ins Abseits geraten wollte? Wie war das Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes (siehe 1. Bild in der linken Spalte) unter solchen Bedingungen zu verwirklichen? Wie sollte man den Vertriebenen gerecht werden?

“Mehr Demokratie wagen” war Willy Brandts (SPD) Programm. Im Inneren der Bundesrepublik wurden viele Reformen verwirklicht, z. B. in der Bildungspolitik oder im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung.

4a Neue Ostpolitik

Brandts politische Hauptleistung aber war die “Neue Ostpolitik“, mit der auch Westdeutschland die Entspannung, die seit der Kubakrise zwischen den Supermächten herrschte, nachvollzog.

Die *Ostverträge* waren der *Moskauer Vertrag* vom August 1970 zwischen der BRD und der Sowjetunion sowie der *Warschauer Vertrag* vom Dezember 1970 zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen. Darin enthalten waren folgende Punkte:

Gewaltverzicht; Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa einschließlich der Oder-Neiße-Grenze; keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Berühmt wurde Brandts Kniefall von Warschau: Brandt legte vor dem Ehrenmal der Helden des Ghettos in Warschau einen Kranz nieder und verharrte kniend. Es gelang eine Normalisierung der Beziehungen mit Polen.

Im September 1971 regelte das *Viermächteabkommen über Berlin* zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich einerseits und der Sowjetunion andererseits den Status Westberlins. Das Abkommen sah Folgendes vor:

Ungehinderter Transitverkehr zwischen BRD und West-Berlin; die Sowjetunion akzeptiert die faktische Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, aber andererseits sollte der Westteil Berlins "wie bisher kein Bestandteil" der BRD sein.

Das *Transitabkommen* zwischen der BRD und der DDR vom Dezember 1971 legte fest, dass der Personen- und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin künftig ohne Behinderungen und in der "einfachsten, schnellsten und günstigsten Weise" erfolgen solle. Die Schikanen beim Transitverkehr wie stundenlange Wartezeiten usw. sollten also aufhören.

Das *Abkommen zwischen dem Senat von West-Berlin und der DDR* verbesserte die Reise- und Besuchsmöglichkeiten für West-Berliner. Pro Jahr konnte sich ein Westberliner nun insgesamt dreißig Tage im Ostteil der Stadt oder in DDR, ohne dies begründen zu müssen; zusätzliche Reisen aus dringenden humanitären und familiären Gründen waren möglich.

Der *Grundvertrag mit der DDR vom 21. 12.1972* zwischen der BRD und der DDR sah die Anerkennung der DDR als selbstständiger, unabhängiger, territorial integrier Staat vor. Das bedeutete aber aus Sicht der BRD keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Uneinigkeit gab es über die Frage der Staatsangehörigkeit und über die Gültigkeit des Vertrags für West-Berlin. Statt einer Botschaft wurde eine Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin eingerichtet, die Grenze zwischen den beiden Staaten galt nach westdeutscher Auffassung als innerdeutsche Grenze, die Bundesregierung beharrte auf besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Denkaufgabe: Handelte es sich um einen "Ausverkauf deutscher Interessen" (CDU/CSU)?
Gehe so vor / überlege:

a – Wiederhole nochmals die Präambel des Grundgesetzes und vergleiche die Neue Ostpolitik mit der Präambel.

b – Zeige, in welcher neuen politischen Großwetterlage sich die Bundesrepublik Anfang der 1970er Jahre im Unterschied zur Amtszeit Adenauers befand.

c – Was wäre passiert, wenn die Bundesrepublik mit ihrer Deutschlandpolitik weitergemacht hätte wie bisher?

d – Zeige, wie die Bundesrepublik mit ihrer Neuen Ostpolitik einerseits den neuen Realitäten Rechnung zu tragen suchte, andererseits den Auftrag der Präambel juristisch und politisch berücksichtigte.

e – Fasse zusammen und beantworte abschließend die Ausgangsfrage: Handelte es sich um einen Ausverkauf deutscher Interessen? Anschließend bietet sich die Durchführung einer simulierten Bundestagsdebatte an.

4b Bewertung und Inkraftsetzung der Ostverträge

Nach Ansicht der SPD/FDP- Bundesregierung waren die Ostverträge Voraussetzung und Grundlage für Zusammenarbeit und Frieden in Europa. Man könne nur so ein Auseinanderleben der Menschen in den beiden Staaten verhindern. Man sprach von einer "Politik der kleinen Schritte" und von "Wandel durch Annäherung".

Die CDU/CSU sah in den Ostverträgen einen "Ausverkauf deutscher Interessen". Sie kritisierte die Oder- Neiße- Grenze als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen und befürchtete, dass auch die DDR auf Dauer faktisch anerkannt würde. Die Interessen der Heimatvertriebenen würden nicht berücksichtigt.

Brandt konnte die Ostverträge unbeschadet überstehen, ein konstruktives Misstrauensvotum der CDU/CSU unter Fraktionsführer Rainer Barzel scheiterte knapp. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrags, wies aber auf das Wiedervereinigungsgebot und das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen hin.

Aufgaben zur Neuen Ostpolitik

Basisaufgabe: Lade die Grafik "Neue Ostpolitik" herunter und fülle sie mit Hilfe des Basistextes aus.

Neue Ostpolitik 1970 ff.

Geschichte	Vertrag von Moskau 12.8.1970	Vertrag von Warschau 7.12.1970	Viermächteabkommen über Berlin, Sept. 1971	Transitabkommen Dez. 1971	Grundlagenvertrag 21.12.1972
Vertragspartner					
Inhalt					
Streitpunkte/ Probleme/ Lösungen					

Weitere Aufgabe in der linken Spalte.

5 1974 – 1982 Regierung Helmut Schmidt

Nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Willy Brandt infolge einer Spionage-Affäre ("Affäre Guillaume") wurde Helmut Schmidt (SPD) sein Nachfolger.

5a Terrorismus der Baader- Meinhof- Gruppe (Rote Armee Fraktion, kurz RAF)

Der Kampf gegen den Terrorismus der aus der Studentenbewegung und der APO (Außerparlamentarische Opposition) hervorgegangenen Baader- Meinhof- Gruppe (Selbstbezeichnung: RAF = Rote Armee Fraktion) hielt die Bundesrepublik in Atem.

Entstehung und erste Aktion der RAF

Aus dem linksradikalen Milieu der 68er- Bewegung bildete sich auch der Terrorismus der Baader- Meinhof- Gruppe (Rote Armee Fraktion, abgekürzt RAF) und ihrer Nachfolger, der aber am resoluten Widerstand des Staates ("wehrhafte Demokratie") scheiterte.

Erste Aktion der RAF war die „Befreiung“ von Andreas Baader im Mai 1970, der sich als Kaufhaus- Brandstifter ("Gewalt gegen Sachen") hervorgetan hatte. Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Holger Meins bildeten den Kern der ersten Generation von Terroristen.

5b Verbrechen der RAF

Sie arbeiteten zuerst mit Sprengstoffanschlägen und Banküberfällen, später ging man zu gezielten Mordaktionen gegen herausragende Repräsentanten des "Systems" über. Im April 1977 wurden zum Beispiel Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine Begleiter, im Juli 1977 der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Jürgen Ponto, ermordet.

Aber nicht nur Exponenten des bundesdeutschen sogenannten "Systems" wurden ermordet. 1979 scheiterte ein Anschlag auf den NATO- Oberbefehlshaber in Europa, Alexander Haig. Insgesamt fielen der RAF 37 Menschen zum Opfer.

Aufgaben zur RAF

Basisaufgabe 1: Notiere, was man unter Terrorismus versteht.

Basisaufgabe 2: Lege eine Tabelle mit 5 Spalten an: Entstehung und erste Aktion der RAF | Verbrechen der RAF | Deutscher Herbst | Unterstützer | Ende der RAF. Fülle die Tabelle aus.

Denkaufgabe: Inwiefern hängt die RAF mit der 68er-Bewegung zusammen? Nimm zur Beantwortung dieser Frage das vertiefende Material „Entstehung und Kennzeichen der 68er-Bewegung“ auf der Epochenseite Bundesrepublik zu Hilfe.

5c Deutscher Herbst

Als die erste Generation von Terroristen 1972 verhaftet und zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt war, versuchte die zweite Generation, die einsitzenden Genossen mit Hilfe von Entführungen freizupressen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 1977 Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer entführt, seine Begleiter ermordet. Hilfe erhielten die deutschen Terroristen dabei von palästinensischen Terroristen. PFLP- Terroristen („Volksfront zur Befreiung Palästinas“) entführten die Lufthansa-Maschine „Landshut“ bis nach Mogadischu in Somalia, wo die deutsche Spezialeinheit GSG 9 die Geiseln befreien konnte. Die Häftlinge in Stuttgart Stammheim begingen Selbstmord, Hanns Martin Schleyer wurde ermordet. Diese Ereignisse im September und Oktober des Jahres 1977 werden „Der deutsche Herbst“ genannt.

5d Unterstützer der RAF

Die RAF konnte sich auf eine linksextremistische Sympathisantenszene in der Bundesrepublik stützen, die Unterstützungskampagnen zugunsten der „Gefangenen“ der RAF und gegen deren angebliche „Isolationsfolter“ durchführten. Auch RAF- Anwälte gehörten zur Unterstützerszene, z.B. Horst Mahler und andere. Der damalige RAF-Anwalt Hans- Christian Ströbele, nachmals Bundestagsmitglied für die Grünen, wurde 1975 wegen Missbrauchs der Anwaltsprivilegien noch vor Beginn des Stammheim- Prozesses von der Verteidigung ausgeschlossen.

Die RAF erhielt aber auch Hilfe von Intellektuellen, wie z.B. Jean-Paul Sartre, der Baader in der Justizvollzugsanstalt Stammheim besuchte.

Wichtige Hilfe kam aus der DDR, die Terroristen in den Nahen Osten weitervermittelte, sie finanzierte und ihnen Unterschlupf gewährte. Nach dem Untergang der DDR wurden viele von ihnen enttarnt. Wie oben geschildert, halfen auch palästinensische Terroristen.

5e Ende der RAF

1998 löste sich die RAF, nunmehr in der dritten Generation aktiv, selbst auf. Mit dem Untergang des

Kommunismus in der Sowjetunion und in Osteuropa war ein wichtiger Rückhalt entfallen.

Die 1970er Jahre sahen neben dem Kampf gegen den Terrorismus die Ölkrise, die Entstehung der Anti-Atomkraftbewegung und der Partei der Grünen.

Aufgabe zum NATO-Doppelbeschluss

Basisaufgabe: Notiere: Was versteht man unter dem NATO- Doppelbeschluss? In welcher Absicht wurde er durchgeführt?

5f NATO- Doppelbeschluss

Nach der Stationierung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen in Osteuropa regte Helmut Schmidt den NATO- Doppelbeschluss an. Dieser sah – Teil 1 des Beschlusses vom Dezember 1979 – Verhandlungen über die Abrüstung der sowjetischen SS- 20 Mittelstreckenraketen vor. Sollten diese scheitern, was tatsächlich der Fall war, sollte Teil 2 des Beschlusses in Kraft treten, was 1983 auch geschah: die westliche Nachrüstung durch Pershing II – Mittelstreckenraketen und durch Marschflugkörper.

Bundeskanzler Schmidts zentrale Befürchtung war, dass die sowjetischen Mittelstreckenraketen die Europäer von den US- Amerikanern trennen könnten, wenn diese im Fall eines sowjetischen Angriffs auf Europa von US- Territorium aus gezwungen wären, mit Interkontinentalraketen auf die SU zu schießen. Die Europäer wollten die USA nicht in die Situation bringen, für die Europäer den atomaren Tod sterben zu müssen, und wollten deren Bündnistreue nicht testen.

Mit westlichen Mittelstreckenraketen hätte der Konflikt zunächst Europa betroffen, die Amerikaner wären mit verwickelt gewesen, aber ohne dass gleich ihre eigene Existenz auf dem Spiel gestanden hätte.

Aufgaben zur Friedensbewegung

Basisaufgabe: Notiere: Was versteht man unter der Friedensbewegung, welche Argumente führte sie an und welche Fernwirkung hatte sie?

5g Friedensbewegung

Die Nachrüstung rief im Westen eine starke Friedensbewegung auf den Plan, die mit Sitzblockaden, etwa vor dem Pershing II Depot in Mutlangen, mit Menschenketten, usw. den Beschluss zu verhindern suchte. Dabei wurde sie von vielen Prominenten unterstützt. Über 4 Millionen Menschen unterzeichneten den gegen die Nachrüstung gerichteten Krefelder Appell.

Denkaufgabe: Führt eine Diskussion pro und contra NATO-Doppelbeschluss durch.

Die Friedensbewegung befürchtete im Fall der Stationierung westlicher Mittelstreckenwaffen einen Enthauptungsschlag gegen die Sowjetunion und wies darauf hin, dass aufgrund der Schnelligkeit der neuen Waffen keine Zeit für ein diplomatisches Krisenmanagement bleibe.

Die Friedensbewegung stärkte den Pazifismus in Deutschland und führte in der neuen Bundesrepublik zur Schwächung der Bundeswehr bis an den Rand der Nichteinsatzfähigkeit.

Aufgaben zu den Grünen

5h Die Grünen

Basisaufgabe: Welche Umstände begünstigten das Aufkommen und den Aufstieg der Grünen?

Denkaufgabe 1: Die Grünen werden oft als reine Umweltpartei gesehen. Ist das korrekt?

Denkaufgabe 2: Wie beurteilst du das Verhältnis der Grünen zur Gewalt und damit zum Recht, und wieso konnten sie damit deiner Meinung nach in weiten Teilen der Öffentlichkeit durchkommen?

Aus der in den 1970er Jahren neu entstandene Umweltbewegung und aus der Konkursmasse der 68er entstanden am 13. Januar 1980 Die Grünen. Einem "Realo"-Flügel stand ein "Fund"-Flügel gegenüber, wobei führende Realos durchaus einen ehemaligen linksextremistischen Hintergrund haben konnten, wie etwa der spätere Außenminister Joseph Martin ("Joschka") Fischer, Hans-Christian Ströbele, Daniel Cohn-Bendit und andere. Die Anti-Atomkraftbewegung, z.B. mit Aktionen gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyl in Baden-Württemberg, die Explosion des Atomreaktors von Tschernobyl 1986 und die Friedensbewegung, diese verbunden mit massenhafter Kriegsdienstverweigerung, beförderten die neue Partei "Die Grünen" enorm, während Forderungen nach direkter Demokratie und Ämterrotation bald in den Hintergrund traten. Dafür gab es 1985 den ersten grünen Umweltminister, und zwar in Hessen: Josef ("Joschka") Fischer. Der Aktionismus der Grünen setzte systematisch auf die „Gewalt gegen Sachen“, wobei Gewalt gegen Personen durchaus als Kollateralschaden in Kauf genommen werden konnte, etwa durch Steinwürfe und Böller gegen Polizisten.

Hinunterscrollen

Aufgabe Regierung Kohl

Basisaufgabe: Heute wird mit Bundeskanzler Helmut Kohl die Wiedervereinigung verbunden, doch wie stand es um dieses in der Präambel des Grundgesetzes vorgeschriebene Ziel in den 1980er Jahren? Wie zeigte sich die Entspannungspolitik zwischen den beiden deutschen Staaten?

TIEFER EINSTEIGEN:

Epochenseite DDR
Mit Thema Wiedervereinigung

Epochenseite Bundesrepublik

Epochenraum 20. Jh.

Startseite

6 1982 – 1998 Regierung Helmut Kohl bis zur Wiedervereinigung

1982 kam es zum Regierungswechsel. Helmut Kohl (CDU) wurde Bundeskanzler, unterstützt von einer Koalition aus CDU/CSU und FDP. Außenminister wurde Hans-Dietrich Genscher (FDP).

Seit den Ostverträgen hatte eine allmähliche Abwendung von der Idee der deutschen Einheit stattgefunden, zwar nicht überall gleichmäßig, aber doch fühlbar. Die Einheit schien angesichts der Kräfteverhältnisse in der Welt unerreichbar.

Die Regierung Kohl setzte die Entspannungspolitik der Regierungen Brandt und Schmidt im Wesentlichen fort. Man kam der DDR entgegen, verlangte und bekam aber immer Gegenleistungen. So gewährte die Bundesrepublik dem Oststaat im Juni 1983 einen Kredit in Höhe von einer Milliarde D-Mark, wofür dieser die Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze abbaut. Ein Jahr später übernahm die BRD die Garantie für einen weiteren Kredit in ähnlicher Höhe, was die DDR mit Erleichterungen im Reiseverkehr und der Senkung des Zwangsumtauschs für Rentner quittierte. 1986 wurde mit einem Kulturabkommen, 1987 einem Umweltabkommen und 1988 mit dem Beginn innerdeutscher Städtepartnerschaften die "Normalisierung" zwischen den beiden deutschen Staaten fortgesetzt. Im September 1987 besuchte Erich Honecker sogar die Bundesrepublik in einer Art Staatsbesuch.

Erst der Mauerfall eröffnete völlig unerwartet eine realistische Perspektive für die Wiedervereinigung.